

Sitzung des Stadtrats am 19. März 2024  
Haushaltsrede der Fraktion *Bündnis 90 / Die Grünen*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,  
in meiner Haushaltsrede vor einem Jahr habe ich das Bild der dunklen Wolken bemüht, die sich über dem Haushalt der Stadt Herzogenrath zusammenziehen. Was wir seitdem erlebt haben, kann nur als eine Abfolge von Wetterextremen bezeichnet werden.

Es begann damit, dass die Isolierung der Corona- und Ukraine-Kosten nicht vorgeplant wurde. Dass wir die Corona-Krise mittlerweile überstanden haben, ist unbestritten. Ebenso unbestritten ist, dass die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auch die Kommunen finanziell hart treffen – und das wird auch noch längere Zeit so bleiben. Eine Fortsetzung der Isolierung der kriegsbedingten Kosten wäre eine große Hilfe gewesen, die den Kommunen aber aus unerfindlichen Gründen versagt wurde.

Es war sofort klar: das wird viele Kommunen in NRW in die Haushaltssicherung zwingen. Deswegen wurden in der Folge auf Landesebene viele Modelle diskutiert, um die Situation der Kommunen zu verbessern: Wegfall des HSK-Grenze, Altschuldenübernahme, usw.

Am Ende ist daraus das *Dritte Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Land Nordrhein-Westfalen* geworden. Immerhin: die Gefahr der Haushaltssicherung wird reduziert – aber eins leistet das Gesetz nicht: eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kommunen. Im Grunde handelt es sich nur um ‚Bilanz-Kosmetik‘.

Das liest sich im Gesetzentwurf so: *Das 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz Nordrhein-Westfalen beinhaltet Ergänzungen oder Anpassungen bestehender Regelungen zur Darstellung des Haushaltsausgleiches im Plan sowie im Jahresabschluss und schafft ein klares Ausgleichssystem.*

Also: im Westen nichts Neues. Es bleibt bei der Finanzmisere der Kommunen, die systemische Ursachen hat: die grundsätzlich mangelnde Finanzausstattung, die steigenden Sozialausgaben und natürlich die fortgesetzte Verletzung des Konnexitätsprinzips.

In dieser Situation haben wir uns entschlossen, einen Doppelhaushalt für die Jahre 2024/2025 aufzustellen. Das soll deutlich mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit in den nächsten zwei Jahren bringen und damit die Handlungsfähigkeit unserer Stadt spürbar verbessern.

Zwei Jahre Planungshorizont in derart unruhigen Zeiten? Das scheint widersprüchlich, aber nur auf den ersten Blick. Der wesentliche destabilisierende Faktor in Europa ist der Ukraine-Krieg, der uns aller Wahrscheinlichkeit nach aber noch Jahre begleiten wird und damit leider kein Argument gegen längere Planungszeiträume ist.

Wichtige Vorgabe für den Doppelhaushalt war, dass wir die HSK-Grenze nicht reißen. Dies war eine Herausforderung in Zeiten steigender Aufwendungen bei der Jugendhilfe sowie bei der Flüchtlingshilfe und -unterbringung. Hinzu kommen die hohen – aber sicher sehr sinnvollen – Investitionen für das neue Hallenbad und für den Ausbau bzw. für die Sanierung der weiterführenden Schulen.

Dieses Ziel haben wir durch eine lange Streichliste erreicht, wobei die Bereiche Jugend / Soziales / Kultur weitgehend verschont geblieben sind. Wir haben gezielt Ausgaben reduziert und Einnahmen gesteigert. Exemplarisch möchte ich folgende Maßnahmen nennen:

- Reduzierung der Ratsmandate um 4 Mandate
- Umstellung der Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende auf eine Sitzungsentschädigung
- Erhöhung der Vergnügungssteuer
- Erhöhung der Hundesteuer
- Einführung einer Zweitwohnungssteuer
- Einführung der Grundsteuer C für bebaubare Grundstücke

Durch das gesamte Maßnahmenpaket werden wir in 2024 und 2025 die HSK-Grenze einhalten – wir behalten damit unsere Handlungsfähigkeit.

Warum ist Handlungsfähigkeit in diesen Zeiten so besonders wichtig? Da kann es nur eine Antwort geben: wir müssen alles unternehmen, um uns dem Klimawandel entgegenzustemmen.

Hier spielt die Windkraft eine entscheidende Rolle. Der Genehmigungsprozess für eine Windkraftanlage ist ein wahres Bürokratiemonster und dauert Jahre. Obwohl jedem klar sein muss, dass es beim Klimawandel nicht 5 vor 12 ist, sondern 5 nach 12, dauern Entscheidungsprozesse quälend lange. So werden wir das dringend notwendige Ziel, 2% der Landesfläche für Windkraft zu nutzen, nicht mit der erforderlichen Geschwindigkeit erreichen.

In diesem Kontext ist es eine wirklich gute Nachricht, dass wir 4,2 Millionen Euro Fördermittel aus dem so genannten STARK-Programm erhalten. Damit werden wir die Ausbauziele bei der Windkraft und bei der Photovoltaik mit Nachdruck angehen. Besonders wichtig ist auch die zeitnahe Erstellung der kommunalen Wärmeplanung, die dringend den Aufbau eines Fernwärmenetzes in allen Stadtteilen beinhalten muss.

Die Firma St. Gobain hat die sehr verantwortungsbewusste Entscheidung getroffen, ihre gigantischen CO<sub>2</sub>-Emissionen erheblich zu reduzieren. Dies kann nur über den Aufbau einer Wasserstoff-Wärme-Infrastruktur erfolgen, die bis zum Jahr 2027 verfügbar sein muss und aus regenerativen Quellen mit Energie versorgt wird. Ohne Windkraft ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Wenn wir dieses Problem nicht lösen, droht der Verlust von vielen Arbeitsplätzen in unserer Stadt.

Aber zurück zum Doppelhaushalt 2024/2025. Ich habe den Eindruck, dass der Dialog zwischen den Fraktionen gut geklappt hat und dass wir in vielen Punkten in einen konstruktiven Austausch gekommen sind. Im Resultat hoffe ich, dass der anstehende Haushaltsentwurf mit großer Mehrheit vom Stadtrat beschlossen wird.

Meine Damen und Herren,

der vorgelegte Doppelhaushalt setzt grundsätzlich die richtigen Schwerpunkte. Die Verwaltung hat alle Fragen von unserer Seite umfassend beantwortet, eine Reihe von Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen wurde eingearbeitet, wofür wir uns herzlich bedanken.

Auch bei der SPD-Fraktion als unserem Kooperationspartner möchte ich mich ausdrücklich für die konstruktive und wertschätzende Zusammenarbeit bedanken.

Dem Doppelhaushalt 2024/2025 in der heute vorgelegten Form stimmen wir zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

*Dr. Bernd Fasel* – Fraktionsvorsitzender